

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Die nachstehenden Bedingungen dienen einer klaren Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Kunden und der Credit Suisse AG (nachfolgend *Bank* genannt). Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen und Usancen. Zum besseren Verständnis verzichtet die Bank in allen Formularen auf weiblich-männliche Doppelformen.

Art. 1 Legitimationsprüfung

Die Bank ist verpflichtet, die Legitimation des Kunden und der Bevollmächtigten mit der geschäftsüblichen Sorgfalt zu prüfen. Wird diese Pflicht durch die Bank, ihre Mitarbeiter oder Hilfspersonen verletzt, so trägt die Bank einen dadurch entstandenen Schaden. Liegt keine Pflichtverletzung vor, so trägt der Kunde den infolge von Legitimationsmängeln entstandenen Schaden.

Art. 2 Mangelnde Handlungsfähigkeit

Der Kunde hat die Bank unverzüglich schriftlich über mangelnde Handlungsfähigkeit seiner Bevollmächtigten oder anderer für ihn handelnder Dritter zu informieren. Unterlässt er dies, oder liegt mangelnde Handlungsfähigkeit beim Kunden selbst vor, trägt er den Schaden, der aus mangelnder Handlungsfähigkeit entsteht, soweit die Bank, ihre Mitarbeiter oder Hilfspersonen nicht die geschäftsübliche Sorgfalt verletzt haben.

Art. 3 Mitteilungspflichten

Der Kunde hat persönliche sowie regulatorisch notwendige Informationen (insbesondere Name, Sitz- oder Wohnsitz-Adresse, Steuerdomizil, Kontakt- und Korrespondenzangaben, Nationalität/-en) und weitere von der Bank verlangte Informationen vollständig und korrekt mitzuteilen. Dies gilt für Informationen betreffend den Kunden selbst, seine Bevollmächtigten und Vertreter, die wirtschaftlich Berechtigten, Kontrollinhaber, Begünstigten und weitere an der Bankbeziehung beteiligte Personen.

Änderungen dieser Informationen sowie den Widerruf von erteilten Vollmachten oder Zeichnungsberechtigungen hat der Kunde der Bank unverzüglich mitzuteilen.

Mitteilungen der Bank gelten als erfolgt, wenn sie an die letzte vom Kunden bekanntgegebene Adresse abgesandt worden sind.

Art. 4 Übermittlungsfehler und Systemausfälle

Die Bank ist verpflichtet, im Umgang mit ein- und ausgehenden Aufträgen, Instruktionen oder Mitteilungen via Post, Telefax, Telefon, Telex, E-Mail, Internet und anderen Übermittlungs- oder Transportarten die geschäftsübliche Sorgfalt anzuwenden. Wird diese Pflicht durch die Bank, ihre Mitarbeiter oder Hilfspersonen verletzt, so trägt die Bank einen dadurch entstandenen Schaden. Liegt keine Pflichtverletzung vor, so trägt der Kunde den aus der Übermittlung von Aufträgen, Instruktionen oder Mitteilungen via Post, Telefax, Telefon, Telex, E-Mail, Internet und anderen Übermittlungs- oder Transportarten entstehenden Schaden, wie z. B. aus Verlust, Verspätung, Missverständnissen, Verstümmelungen

oder Wiederholungen, oder aufgrund rechtswidriger Eingriffe oder anderer Störungen sowie Überlastungen und Unterbrüchen jeglicher Ursache von Fernkommunikationsmitteln und Systemen.

Art. 5 Ausführung von Aufträgen/Hinweispflicht des Kunden/Kundeneinwilligung OTC-Handel/Ausschluss von Steuer-, Rechts- oder buchhalterischer Beratung

Bei Aufträgen, die zeitkritisch sind oder die zu Schäden führen können, die über den blossen Zinsausfall hinausgehen, ist der Kunde verpflichtet, die Bank rechtzeitig auf diesen Umstand und mögliche Schadensfolgen hinzuweisen. Unterlässt er dies, haftet die Bank im Falle mangelhafter, verspäteter oder nicht erfolgter Ausführung von Aufträgen (Börsenaufträge ausgenommen) höchstens für den Zinsausfall.

Erteilt der Kunde verschiedene Aufträge in einer Gesamtsumme, die seinen bei der Bank verfügbaren Betrag übersteigt, so bestimmt die Bank in eigenem Ermessen und unabhängig vom Auftragsdatum oder Auftragseingang, welche Aufträge ganz oder teilweise auszuführen sind.

Der Kunde erklärt sich damit einverstanden, dass die Bank berechtigt ist, Aufträge in Finanzinstrumenten ausserhalb eines Handelsplatzes auszuführen (Over-the-Counter – OTC). Die Bank bietet grundsätzlich keine Steuer-, Rechts- oder buchhalterische Beratung an. Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen mit in diesen Bereichen spezialisierten Stellen. Andere Beratungen durch die Bank und Informationen der Bank, die dem Kunden zur Verfügung gestellt werden, sind nicht als Steuer-, Rechts- oder buchhalterische Beratung zu verstehen und der Kunde kann sich in dieser Hinsicht nicht auf diese verlassen. Der Kunde sollte seinen eigenen Steuer-, Rechts- und buchhalterischen Berater konsultieren, bevor er Investitionen oder die Beteiligung an Strukturen oder Transaktionen vornimmt oder unterlässt.

Art. 6 Gleichstellung der Samstage mit Feiertagen

Im Geschäftsverkehr mit der Bank sind Samstage staatlich anerkannten Feiertagen gleichgestellt.

Art. 7 Beanstandungen

Beanstandungen des Kunden aus der Ausführung von Aufträgen sowie anderer Mitteilungen sind sofort nach Empfang der entsprechenden Mitteilung, spätestens aber innerhalb einer allenfalls von der Bank gesetzten Frist, vorzunehmen. Falls Dokumente oder Mitteilungen, welche der Kunde erwartet (z. B. Konto- oder Depotauszüge, Börsenabrech-

nungen), nicht eintreffen, hat er die Bank unverzüglich zu benachrichtigen.

Der Kunde trägt den aus verspäteter Beanstandung entstandenen Schaden.

Beanstandungen von Konto- oder Depotauszügen haben innerhalb eines Monats zu erfolgen. Nach unbenütztem Ablauf dieser Frist gelten Auszüge als genehmigt.

Art. 8 Pfand- und Verrechnungsrecht

Die Bank hat an allen Vermögenswerten, die sie jeweils für Rechnung des Kunden bei sich selbst oder anderswo aufbewahrt, für alle ihre jeweils bestehenden oder zukünftigen Ansprüche ein Pfandrecht und bezüglich aller Forderungen (inkl. Forderungen aus Spareinlagen und Hinterlegung) ein Verrechnungsrecht, ohne Rücksicht auf die Fälligkeit oder Währung.

Dieses Pfand- und Verrechnungsrecht gilt auch für etwaige Schadloshaltungs- bzw. Befreiungsansprüche der Bank, insbesondere wenn sie im Zusammenhang mit für den Kunden getätigten Transaktionen oder für den Kunden gehaltenen Vermögenswerten von Dritten (einschliesslich Emittenten, Liquidatoren, Sachwaltern, Konkursverwaltern, Institutionen und Behörden) in Anspruch genommen wird.

Die Bank ist nach ihrer Wahl zur zwangsrechtlichen oder freihändigen Verwertung der Pfänder berechtigt, sobald der Kunde mit seiner Leistung in Verzug ist. Die Verwertung der Pfänder wird vorab angekündigt. Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen.

Art. 9 Zinsen, Kommissionen, Gebühren, Steuern und Abgaben

Die Bank behält sich vor, Zinsen und Kommissionen (einschliesslich Negativzinsen) oder andere Belastungen jederzeit, namentlich bei geänderten Geldmarktverhältnissen, abzuändern und dem Kunden hiervon schriftlich oder auf andere geeignete Weise Kenntnis zu geben.

Die Gebühren der Bank richten sich nach dem geltenden Tarif. Die Bank behält sich dessen jederzeitige Änderung vor. Die Änderung wird dem Kunden vorgängig schriftlich oder auf andere geeignete Weise mitgeteilt und tritt vorbehaltlich Widerspruch des Kunden 30 Tage nach der Mitteilung bzw. in der in der Mitteilung angegebenen Frist in Kraft.

Beträge gemäss Absatz 1 und 2 dieser Bestimmung sind der Bank ohne jegliche Abzüge geschuldet. Falls eine Zahlung an die Bank einer Quellensteuer unterliegt, erhöht sich der vom Kunden geschuldete Betrag automatisch um den für die Quellensteuer abzuziehenden Betrag.

Etwaige Steuern und Abgaben, welche im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung des Kunden zur Bank bei oder von dieser erhoben werden oder welche die Bank aufgrund von schweizerischem oder ausländischem Recht, Staatsverträgen oder von vertraglichen Vereinbarungen mit ausländischen Stellen (z.B. 30% Quellensteuer gemäss dem US Foreign Account Tax Compliance Act, FATCA) einbehalten

muss, sowie die bei der Bank anfallenden Spesen gehen zu Lasten des Kunden bzw. können auf den Kunden überwälzt werden.

Art. 10 Fremdwährungskonti

Die den Guthaben der Kunden in fremder Währung entsprechenden Aktiven der Bank werden in gleicher Währung angelegt. Der Kunde trägt anteilmässig alle wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen, die das Gesamtguthaben der Bank im Lande der Währung oder der Anlage als Folge von behördlichen Massnahmen treffen sollten.

Bei Fremdwährungskonti erfüllt die Bank ihre Verpflichtungen ausschliesslich am Sitz der kontoführenden Niederlassung, und zwar lediglich durch Verschaffung einer Gutschrift bei ihrer Zweigniederlassung, bei einer Korrespondenzbank oder bei der vom Kunden bezeichneten Bank im Lande der Fremdwährung.

Art. 11 Wechsel, Checks und andere Papiere

Die Bank ist berechtigt, diskontierte oder gutgeschriebene unbezahlte Wechsel, Checks und andere Papiere zurückzubelasten. Dies gilt auch, wenn sich bereits bezahlte Checks nachträglich als gestohlen oder sonst abhanden gekommen, gefälscht oder mangelhaft erweisen. Bis zur Begleichung eines Schuldsaldos verbleiben ihr die wechselrechtlichen, checkrechtlichen oder anderen Ansprüche auf Zahlung des vollen Betrags der Wechsel, Checks und anderen Papiere mit Nebenforderungen gegen jeden aus dem Papier Verpflichteten.

Art. 12 Kündigung der Bankbeziehung

Die Bank und der Kunde können die Bankbeziehung jederzeit per sofort oder auf einen späteren Termin kündigen.

Insbesondere kann die Bank Kreditlimiten jederzeit annullieren und ihre Guthaben per sofort fällig stellen. Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen und für spezifische Produkte geltende Kündigungsbestimmungen.

Art. 13 Kommunikationskanäle/ Bekanntmachungen

Die Bank ist ermächtigt, via Post, Telefon sowie elektronische Kanäle (z.B. E-Mail, Fax, SMS, Online Banking, mobile Applikationen und andere elektronische Kanäle) an die vom Kunden oder seinen Bevollmächtigten gegenüber der Bank benutzten oder explizit angegebenen Nutzer-Adressen (z.B. E-Mail-Adresse oder Mobiltelefonnummer bei mobiler Applikation) zu kommunizieren.

Die Bank kann Telefongespräche und Kommunikation über elektronische Kanäle ohne vorgängige Information aufzeichnen und speichern und zum Zweck der Qualitätssicherung, der Erfüllung von gesetzlichen oder regulatorischen Vorgaben und zu Beweis Zwecken verwenden.

Unverschlüsselte E-Mails und andere ungeschützte elektronische Kommunikationskanäle sind gegen Zugriffe durch unbefugte Drittpersonen nicht gesichert und bergen daher entsprechende Risiken, z.B. mangelnde Vertraulichkeit,

Manipulation von Inhalt oder Absenderdaten, Fehlleitung, Verzögerung oder Viren. Entsprechende Risiken können sich auch bei der Nutzung von Geräten oder Software ergeben. Geräte und Software eines Benutzers sind Teil des Systems, befinden sich jedoch ausserhalb der Kontrolle der Bank und können zu einer Schwachstelle des Systems werden. Die Bank empfiehlt deshalb dem Kunden, von ihm eingesetzte Geräte und Software jederzeit und fachgerecht gegen elektronische Angriffe und Benutzung durch Unberechtigte zu schützen sowie sensitive oder zeitkritische Informationen, Instruktionen und buchungsrelevante Informationen der Bank nicht über unverschlüsselte E-Mails oder ungeschützte elektronische Kommunikationskanäle zuzustellen, sondern diejenigen Kanäle zu nutzen, welche zu diesem Zweck von der Bank vorgesehen werden (z.B. Online Banking, Mobile Banking Applikation, Telefon) und ausgeführte Transaktionen unverzüglich zu überprüfen. Die Bank trägt Schäden aus der Verwendung der genannten Kommunikationskanäle nur bei einer Verletzung der Pflicht zur Einhaltung der geschäftsüblichen Sorgfalt durch die Bank, ihrer Mitarbeiter oder Hilfspersonen. Insbesondere besteht keine Pflicht der Bank, vom Kunden oder einem Bevollmächtigten an die Bank übermittelte Informationen und Instruktionen mit anderen Informationen und Instruktionen des Kunden abzugleichen. Für Geräte und Software des Kunden übernimmt die Bank keine Verantwortung.

Die Bank kann den Kunden mittels Publikation im Internet (unter www.credit-suisse.com/RechtlicheHinweise) rechtlich relevante Informationen, Bedingungen und Dokumente zugänglich machen sowie ihre Informations-, Aufklärungs- und Bekanntmachungspflichten (z.B. enthalten in Finanzmarktregulierungen betreffend Anlegerschutz und Transparenz) erfüllen. Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher oder regulatorischer Vorgaben ist die Bank zu einer anderweitigen Information an den Kunden in diesen Fällen nicht verpflichtet. Die entsprechende Publikation kann auch auf anderen elektronischen Kanälen oder über andere geeignete Medien erfolgen.

Art. 14 Beschränkungen von Dienstleistungen, Liquidation oder befreiende Hinterlegung von Vermögenswerten

Zur Einhaltung gesetzlicher, regulatorischer oder vertraglicher Bestimmungen, zur Wahrung der geschäftsüblichen Sorgfalt oder zur Gewähr einer einwandfreien Geschäftsführung kann die Bank Dienstleistungen gegenüber dem Kunden ganz oder teilweise beschränken. Dies gilt unabhängig von ergänzenden Regelungen zu einzelnen Bankdienstleistungen. Insbesondere kann die Bank die Konto- und Depotbeziehung sperren, die Ausführung von Aufträgen jeder Art (z.B. Auftrag zur Ein-/Auszahlung, zur Überweisung bzw. Übertragung von Guthaben, Effekten und sonstigen Vermögenswerten, zur Saldierung) beschränken sowie generell die Entgegennahme von Vermögenswerten oder Gutschriften verweigern.

Im Falle einer Kündigung oder wenn hinterlegte Vermögens-

werte und Guthaben aus gesetzlichen, regulatorischen, produktspezifischen oder anderweitigen Gründen nicht mehr durch die Bank verwahrt werden können, hat der Kunde der Bank auf Anfrage hin mitzuteilen, wohin diese Vermögenswerte und Guthaben zu transferieren sind.

Unterlässt der Kunde diese Mitteilung auch nach einer von der Bank angesetzten Nachfrist, kann die Bank die Vermögenswerte und Guthaben physisch ausliefern oder sie liquidieren und den Erlös sowie noch vorhandene Guthaben mit befreiender Wirkung in Form eines Checks in einer von ihr bestimmten Währung an die letzte bekannte Zustelladresse des Kunden schicken. Die Bank kann Vermögenswerte und Guthaben bzw. den Erlös aus der Liquidation stattdessen auch auf Kosten des Kunden befreiend gerichtlich oder aussergerichtlich bei einem von ihr frei gewählten Verwahrer hinterlegen.

Art. 15 Auslagerung von Geschäftsbereichen

Die Bank behält sich vor, Geschäftsbereiche (wie z.B. Zahlungsverkehr, die Abwicklung von Transaktionen und Dienstleistungen, Compliance, IT sowie Verwaltungs- und Verarbeitungstätigkeiten) ganz oder teilweise an Dienstleister (inkl. andere Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe) auszulagern. Diese werden verpflichtet, entsprechende Vertraulichkeitsbestimmungen einzuhalten.

Ist ein Dienstleister im Ausland ansässig, übermittelt die Bank nur solche Daten, welche keinen Rückschluss auf die Identität des Kunden zulassen, soweit sie nicht ohnehin im Rahmen von Transaktionen oder Dienstleistungen mit Auslandsbezug ins Ausland zu übermitteln sind (dies wird in Art. 18 Abs. 1 b) näher erläutert). Andernfalls informiert sie den Kunden vorgängig.

Art. 16 Kundenprofil und Marketing

Die Bank kann Kundendaten, öffentlich zugängliche Daten sowie Daten Dritter zur Erstellung von Kundenprofilen nutzen, die es ihr und anderen Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe in der Schweiz erlauben, ihren Kunden Beratung, Produkte sowie Informationen anzubieten, welche auf die individuelle Situation der Kunden zugeschnitten sind oder nach Beurteilung der Bank für sie von Interesse sein könnten. Kundenprofile können weiter für Marktforschungs-, Marketing- und Risikomanagementzwecke verwendet werden. Die Kundendaten sowie die daraus abgeleiteten Kundenprofile verbleiben dabei bei der Bank oder bei anderen Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe in der Schweiz. Es erfolgt darüber hinaus keine Weitergabe an Dritte. Das Bankkundengeheimnis bleibt gewahrt.

Art. 17 Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften

Der Kunde ist für die Einhaltung von auf ihn sowie auf weitere an der Bankbeziehung bzw. an den Vermögenswerten Beteiligte anwendbaren gesetzlichen Vorschriften (einschliesslich Steuergesetzen) verantwortlich und er hält die für ihn geltenden gesetzlichen Vorschriften jederzeit ein.

Art. 18 Datenschutz, Bankkundengeheimnis und andere Geheimhaltungsvorschriften

Organen, Angestellten und Beauftragten der Bank obliegen auf Basis von Datenschutz, Bankkundengeheimnis und anderen Vorschriften verschiedene Geheimhaltungspflichten.

Der Kunde entbindet hiermit die Bank, ihre Organe, Angestellten und Beauftragten von diesen Geheimhaltungspflichten und verzichtet auf das Bankkundengeheimnis:

a) Soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bank notwendig ist, namentlich:

- Bei vom Kunden sowie von weiteren an der Bankbeziehung bzw. an den Vermögenswerten Beteiligter im In- oder Ausland gegen die Bank (auch als Drittpartei) angedrohten oder eingeleiteten gerichtlichen Schritten, Strafanzeigen oder anderen Mitteilungen an Behörden,
- zur Sicherung oder Durchsetzung der Ansprüche der Bank gegenüber dem Kunden und der Verwertung von Sicherheiten des Kunden oder Dritter (sofern die Sicherheiten Dritter für Ansprüche gegen den Kunden bestellt wurden) im In- und Ausland,
- beim Inkasso von Forderungen der Bank gegen den Kunden, bei Arresten oder auf hinterlegte Vermögenswerte gerichteten Klagen gegen den Kunden bzw. die Bank, im In- und Ausland,
- bei Vorwürfen des Kunden sowie weiterer an der Bankbeziehung bzw. an den Vermögenswerten Beteiligter gegen die Bank in der Öffentlichkeit, gegenüber Medien oder gegenüber Behörden des In- und Auslandes.

b) Bei Transaktionen und Dienstleistungen, welche die Bank für den Kunden erbringt (z.B. Zahlungsverkehr, Kauf, Ein- und Auslieferung, Aufbewahrung und Verkauf von Wertschriften und anderen Finanzinstrumenten bzw. Depotwerten, Devisen- und Edelmetallgeschäfte, Derivat-/OTC Geschäfte), insbesondere auch, wenn diese einen Auslandsbezug aufweisen. Im Zusammenhang damit ist die Bank gegenüber Drittparteien im In- und Ausland, welche in diese Transaktionen und Dienstleistungen involviert sind (z.B. Börsen, Broker, Banken, Transaktionsregister, Abwicklungs- und Drittverwahrungsstellen, Emittenten, Behörden oder deren Vertreter sowie andere involvierte Drittparteien), zur Offenlegung sowohl berechtigt als auch beauftragt, damit die Transaktionen bzw. Dienstleistungen erbracht werden können und die Einhaltung von Gesetzen, Regulierungen, vertraglichen Bestimmungen und weiteren Vorschriften, Geschäfts- und Handelspraktiken sowie Compliance-Standards gewährleistet werden kann.

Die Bank kann aus gesetzlichen oder regulatorischen Gründen an der Offenlegung von Kundendaten im Zusammenhang mit Transaktionen und Dienstleistungen gehindert sein. Der Kunde anerkennt, dass eine sich dadurch ergebende Haftung der Bank ausgeschlossen ist.

c) Zwecks Austausch von Informationen zwischen der Bank und anderen Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe innerhalb der Schweiz zur umfassenden Durchführung und Betreuung des kundenbezogenen Bankgeschäfts, zur Aufteilung von Einnahmen sowie zur Sicherstellung des Risikomanagements und zur Einhaltung von gesetzlichen oder regulatorischen Vorschriften oder aus Compliance-Gründen. Der Austausch umfasst insbesondere sämtliche Informationen betreffend den Kunden, betreffend die Beziehung zwischen dem Kunden und der Bank sowie betreffend wirtschaftlich Berechtigte, Kontrollinhaber, Begünstigte, Bevollmächtigte, Vertreter, Bürgen und weitere an der Bankbeziehung beteiligte Personen.

d) Zu Sicherheitszwecken (z.B. Schutz des Kunden und der Bank vor missbräuchlichen oder deliktischen Aktivitäten), zu welchen die Bank den Kunden betreffende biometrische Daten sowie Bewegungs- und Transaktionsdaten und entsprechende Profile des Kunden erheben und bearbeiten kann. Soweit dies gemäss dem anwendbaren Recht erforderlich ist, wird die Bank den Kunden zusätzlich informieren, um Einwilligung nachsuchen oder andere Massnahmen treffen. Vorbehältlich von Art. 18 Abs. 1 c) und Art. 15 sowie gesetzlicher und regulatorischer Pflichten erfolgt keine Weitergabe an Dritte.

In jedem Fall gelten die gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Auskunfts- bzw. Meldepflichten der Bank.

Die Bank publiziert die Grundsätze über die Bearbeitung von Personendaten sowie etwaige Aktualisierungen im Internet (unter www.credit-suisse.com/RechtlicheHinweise).

Art. 19 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Alle Rechtsbeziehungen des Kunden mit der Bank unterstehen schweizerischem Recht. Ausschliesslicher Gerichtsstand für alle Verfahren ist Zürich oder der Ort der schweizerischen Niederlassung, mit welcher die vertragliche Beziehung besteht, oder der Sitz oder Wohnsitz der beklagten Partei. Vorbehalten bleiben zwingende gesetzliche Gerichtsstände.

Art. 20 Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Die Bank kann die Allgemeinen Geschäftsbedingungen jederzeit ändern. Die Änderung kann auch durch Publikation im Internet erfolgen. Der Kunde wird vorgängig schriftlich oder auf andere geeignete Weise informiert. Die jeweils gültige Version ist im Internet (unter www.credit-suisse.com/RechtlicheHinweise) ersichtlich.

Depotreglement

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

Dieses Reglement findet zusätzlich zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf die von der Bank ins Depot übernommenen Werte und Sachen (nachstehend *Depotwerte*) Anwendung, insbesondere auch wenn diese in der Form von Bucheffekten geführt werden.

Soweit besondere vertragliche Vereinbarungen oder für Spezialdepots Spezialreglemente bestehen, gilt dieses Reglement ergänzend.

Art. 2 Behandlung von Depotwerten

Die Bank übernimmt insbesondere

- a) Wertpapiere und andere Finanzinstrumente zur Aufbewahrung und Verwaltung grundsätzlich in **offenem Depot**;
- b) Edelmetalle zur Aufbewahrung grundsätzlich in **offenem Depot**;
- c) Geld- und Kapitalmarktanlagen, die nicht in Wertpapierform gekleidet sind, zur Verbuchung und Verwaltung in **offenem Depot**;
- d) Beweisurkunden zur Aufbewahrung grundsätzlich in **offenem Depot**;
- e) Wertsachen und andere geeignete Sachen zur Aufbewahrung grundsätzlich in **verschlossenem Depot**.

Für verschlossene Depots findet ein separates Reglement Anwendung.

Die Bank kann ohne Angabe von Gründen die Entgegennahme von Depotwerten ablehnen.

Art. 3 Prüfung von Depotwerten

Die Bank kann vom Kunden oder von Dritten für den Kunden eingelieferte Depotwerte auf Echtheit und Sperrmeldungen prüfen, ohne deshalb eine Haftung zu übernehmen. Die Bank muss insbesondere Verwaltungshandlungen erst nach abgeschlossener Prüfung vornehmen. Entsprechend muss auch ein Verkaufsauftrag bzw. ein Geschäft, bei welchem die Werte gegen Entschädigung an eine Drittpartei herausgegeben werden sollen, während dieser Prüfungsdauer nicht ausgeführt werden.

Die Prüfung erfolgt auf Grund der der Bank zur Verfügung stehenden Mittel und Unterlagen. Ausländische Depotwerte können der Depotstelle oder einer andern geeigneten Stelle im entsprechenden Land zur Prüfung übergeben werden.

Art. 4 Zu Wertpapieren funktionsgleiche Wertrechte

Wertpapiere und zu diesen funktionsgleiche Wertrechte ohne wertpapiermässige Verbriefung werden analog behandelt. Insbesondere finden die Regeln über die Kommission (Art. 425 ff. OR) zwischen Kunde und Bank Anwendung.

Art. 5 Sorgfaltspflicht der Bank

Die Bank behandelt die Depotwerte des Kunden mit der geschäftsüblichen Sorgfalt.

Art. 6 Auslieferung und Verfügung über Depotwerte

Unter Vorbehalt von Kündigungsfristen, gesetzlichen Bestimmungen, Statuten von Emittenten sowie Pfand-, Retentions- oder anderen Zurückbehaltungsrechten der Bank kann der Kunde jederzeit verlangen, dass ihm die Depotwerte ausgeliefert bzw. zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind die landesüblichen Lieferfristen sowie die üblichen Auslieferungsfristen zu beachten.

Der Transport sowie Versand von Depotwerten erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Kunden. Fehlen besondere Weisungen seitens des Kunden, so nimmt die Bank Versicherung und Wertdeklaration nach eigenem Ermessen vor.

Art. 7 Gebühren und Entschädigungen der Bank

a) Die Gebühren der Bank richten sich nach dem geltenden Tarif. Die Bank behält sich dessen jederzeitige Änderung vor. Die Änderung wird dem Kunden vorgängig schriftlich oder auf andere geeignete Weise mitgeteilt und tritt vorbehältlich Widerspruch des Kunden 30 Tage nach der Mitteilung bzw. in der Mitteilung angegebenen Frist in Kraft.

b) Im Zusammenhang mit der Erbringung von Finanzdienstleistungen erhält die Bank von Dritten (inklusive anderen Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe) Retrozessionen, Vergütungen, Gebühren, Kommissionen inkl. Bestandespflegekommissionen, Rückerstattungen, Abschläge, Rabatte, Vertriebsentschädigungen, Zuwendungen oder andere Leistungen (nachfolgend insgesamt *Entschädigungen*).

Entschädigungen bemessen sich üblicherweise in Prozenten des von der Bank insgesamt gehaltenen Anlagevolumens eines Produktes (*Anlagevolumen*), wobei die Höhe je nach Produkt und Produkthanbieter variiert. Bei Kollektiven Kapitalanlagen erhält die Bank Entschädigungen in Form von regelmässigen Zahlungen. Bei strukturierten und ähnlichen Produkten erhält die Bank Entschädigungen als regelmässige Zahlungen und/oder in Form einer Vergütung eines Teils des Ausgabepreises oder eines Rabatts auf den Ausgabepreis (oder, je nach Fall, jeweils bezogen auf den Nennwert). Die von der Bank vereinnahmten Entschädigungen bewegen sich innerhalb der folgenden Bandbreiten (Angaben basierend auf dem Anlagevolumen oder, wo entsprechend umschrieben, dem Nennwert):

Kollektive Kapitalanlagen:

- Geldmarktfonds 0 bis maximal 1,0% pro Jahr,
- Obligationen- und Immobilienfonds 0 bis maximal 1,6% pro Jahr,

- übrige Kollektive Kapitalanlagen (alternative Anlagefonds, Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds, Fund of Funds, Aktienfonds, Portfoliofonds, Produkte von Anlagestiftungen usw.) 0 bis maximal 2,0% pro Jahr.

Strukturierte und ähnliche Produkte:

- Geldanlagen 0 bis maximal 1,5% pro Jahr,
- Obligationenanlagen 0 bis maximal 1,5% pro Jahr,
- Gemischte Anlagen 0 bis maximal 1,5% pro Jahr,
- Alternative Anlagen 0 bis maximal 1,7%,
- Aktienanlagen 0 bis maximal 2,5% pro Jahr.
- Warrants 0 bis maximal 2,5% pro Jahr (basierend auf dem Nennwert).

Bei Vermögensverwaltungs-Mandaten entsprechen die von der Bank vereinnahmten Entschädigungen 0 bis maximal 0,9% des verwalteten Kundenvermögens pro Jahr.

Die Grössenordnung der maximalen Entschädigungen je Kunde ergibt sich durch Multiplikation des maximalen Prozentsatzes mit dem Wert des eigenen Anlagevolumens (oder, je nach Fall, dem Nennwert) in der jeweiligen Produktkategorie.

Die oben offen gelegten Bandbreiten entsprechen den maximalen Entschädigungen, welche die Bank gemäss Konditionen des jeweiligen Produkts erhalten kann. Handelt es sich bei der Entschädigung um eine Vergütung eines Teils des Ausgabepreises oder um einen Rabatt auf dem Ausgabepreis (oder, je nach Fall, jeweils bezogen auf den Nennwert) und wird das Produkt vor Ablauf der Laufzeit des Produkts zurückgegeben, so behält die Bank die gesamte erhaltene Entschädigung trotz vorzeitiger Rückgabe des Produkts. Zudem kann die Bank auch bei unvollständigen Jahresperioden die volle Jahresentschädigung gemäss den oben erwähnten Bandbreiten erhalten. Änderungen betreffend Höhe der Entschädigungen bleiben vorbehalten und erfolgen in Übereinstimmung mit Art. 9 dieses Depotreglements.

Der Kunde ist sich bewusst, dass Entschädigungen zu potentiellen Interessenkonflikten führen können, indem sie Anreize zu setzen vermögen, Produkte auszuwählen oder zu empfehlen, bei denen die Bank überhaupt Entschädigungen erhält (zum Beispiel Anlagefonds oder Strukturierte Produkte anstelle von Aktien oder Obligationen) oder bei denen sie höhere Entschädigungen erhält (zum Beispiel Bevorzugung von Produkten bestimmter Anbieter oder bestimmter Kategorien von Produkten, die höhere Entschädigungen mit sich bringen). Die Bank kann auch Anlageprodukte empfehlen, bei welchen sie zwar keine Entschädigungen erhält, die jedoch von der Bank besonders unterstützt werden. Potentiellen Interessenkonflikten und insbesondere dem Kundeninteresse wird durch geeignete Massnahmen Rechnung getragen.

Bei der Festlegung der geltenden Tarife wurde berücksichtigt, dass die Bank für ihre Dienstleistungen Entschädigungen erhält. Entsprechend ist der Kunde damit einverstanden, dass die Bank Entschädigungen annimmt und für sich

einbehält. **Sollten diese Entschädigungen ohne entsprechende Abrede einer gesetzlichen Ablieferungspflicht gegenüber dem Kunden unterliegen, ist der Kunde damit einverstanden, dass alle Entschädigungen vollumfänglich der Bank verbleiben. Der Kunde verzichtet auf jedes Recht auf Herausgabe von Entschädigungen.** Vorbehalten bleiben besondere Vereinbarungen des Kunden mit der Bank sowie zwingende gesetzliche Bestimmungen.

c) Die Bank oder andere Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe entwickeln bzw. unterhalten Anlageprodukte und erbringen für diese Anlageprodukte verschiedene Dienstleistungen (z. B. Administration, Asset Management). Dadurch können für die Bank oder andere Banken und Rechtseinheiten der Credit Suisse Gruppe entsprechende Einnahmen anfallen.

Art. 8 Vertragsdauer

Die Vertragsdauer ist in der Regel unbestimmt; die mit diesem Reglement begründeten Rechtsverhältnisse erlöschen nicht bei Tod, Handlungsunfähigkeit oder Konkurs des Kunden.

Art. 9 Änderungen des Reglements

Die Bank kann dieses Reglement jederzeit ändern. Die Änderung kann auch durch Publikation im Internet erfolgen. Der Kunde wird vorgängig schriftlich oder auf andere geeignete Weise informiert. Die jeweils gültige Version ist im Internet (unter www.credit-suisse.com/RechtlicheHinweise) ersichtlich.

Besondere Bestimmungen für offene Depots

Art. 10 Form und Risiken der Aufbewahrung

Die Bank ist ausdrücklich ermächtigt, die Depotwerte in eigenem Namen, aber auf Rechnung und Gefahr des Kunden auswärts bei einem Dritten verwahren zu lassen. Schreibt der Kunde der Bank eine Drittdepotstelle vor und empfiehlt die Bank diese dem Kunden gegenüber nicht, so wird für die Handlungen dieser Drittdepotstelle die Haftung der Bank ausgeschlossen. Ohne anderslautende Instruktion ist die Bank ausserdem berechtigt, die Depotwerte in einem Sammeldepot zu verwahren oder verwahren zu lassen. Diesfalls können Depotwerte mehrerer Kunden zusammen verwahrt sein. Dies kann insbesondere zur Folge haben, dass die einem Kunden zugeordneten Depotwerte nicht ohne weiteres individualisiert und getrennt werden können. In gewissen Märkten ist zudem keine Trennung zwischen Depotwerten von Kunden und solchen der Drittdepotstelle möglich oder erforderlich; so ist insbesondere bei einer Insolvenz einer Drittdepotstelle nicht immer eine Individualisierung und Trennung der Depotwerte möglich, wodurch in diesen Fällen ein etwaiger Herausgabeanspruch nicht oder nicht vollumfänglich besteht bzw. nicht durchsetzbar ist.

Vorbehalten bleiben Depotwerte, die wegen ihrer Natur oder aus anderen Gründen getrennt verwahrt werden müssen.

Bei Verwahrung im Ausland unterliegen die Depotwerte den Gesetzen und Usancen am Ort der Verwahrung, die von jenen in der Schweiz abweichen können und gegebenenfalls kein gleichwertiges Schutzniveau bieten, insbesondere im Fall einer Insolvenz der Drittdepotstelle. Drittdepotstellen können überdies Pfand- und Verwertungsrechte oder Verrechnungsrechte an den verwahrten Depotwerten geltend machen. Die Bank leitet lediglich die Rechte weiter, die sie vom ausländischen Dritten erhält. Wird der Bank die Rückgabe von solchen im Ausland aufbewahrten Werten oder der Transfer des Verkaufserlöses durch das anwendbare ausländische Recht erschwert oder verunmöglicht, so ist die Bank nur dann dazu verpflichtet, dem Kunden einen entsprechenden Anspruch zur Herausgabe bzw. Zahlung zu verschaffen, wenn dieser besteht und übertragbar ist.

Depotwerte können nach Ermessen der Bank auch auf den Kunden eingetragen oder segregiert, d. h. unter dem Namen des Kunden, verwahrt werden. Dieser akzeptiert, dass der auswärtigen Depotstelle sein Name bekannt wird. Die Bank kann die Werte aber auch auf Rechnung und Gefahr des Kunden auf sich oder einen Dritten eintragen lassen.

Auslosbare Depotwerte können ebenfalls gattungsmässig verwahrt werden; von einer Auslosung erfasste Depotwerte werden von der Bank unter die Kunden verteilt, wobei sich die Bank bei der Sub-Verlosung einer Methode bedient, die allen Kunden eine gleichwertige Aussicht auf Berücksichtigung wie bei der Erstauslosung garantiert.

Der Kunde anerkennt, dass weder er noch weitere an der Bankbeziehung bzw. an den Vermögenswerten Beteiligte direkte Instruktionen an Gegenparteien der Bank (wie z. B. Verwahrungsstellen, Broker, Emittenten, etc.) erteilen dürfen.

Art. 11 Verwaltung

Die Bank besorgt ohne besonderen Auftrag des Kunden die üblichen Verwaltungshandlungen, wie Entgegennahme von Dividenden, Zinsen und rückzahlbaren Kapitalien, Überwachung von Auslosungen, Kündigungen, Konversionen und Bezugsrechten usw. In diesem Zusammenhang fordert die Bank den Kunden in der Regel zu den ihm gemäss den untenstehenden Absätzen dieser Bestimmung selber obliegenden und für die Vornahme der üblichen Verwaltungshandlungen vorausgesetzten Vorkehrungen auf, ohne sich diesbezüglich jedoch zu verpflichten; sie stützt sich dabei auf die ihr verfügbaren branchenüblichen Informationsmittel, ohne jedoch dafür eine Verantwortung zu übernehmen. Bei couponlosen Namenaktien werden Verwaltungshandlungen nur dann ausgeführt, wenn die Zustelladresse für Dividenden und Bezugsrechte auf die Bank lautet.

Ist nichts anderes vereinbart, so ist es Sache des Kunden, alle übrigen Vorkehrungen zur Wahrung der mit den Depotwerten verbundenen Rechte zu treffen, wie insbesondere

die Erteilung von Weisungen für die Besorgung von Konversionen, die Ausübung oder den Kauf/Verkauf von Bezugsrechten und die Ausübung von Wandelrechten. Gehen Weisungen des Kunden nicht rechtzeitig ein, so ist die Bank befugt, aber nicht verpflichtet, nach eigenem Ermessen unter Wahrung des Kundeninteresses zu handeln (auch mit Belastung des Kontos des Kunden z. B. im Zusammenhang mit der Ausübung von Bezugsrechten).

Für die Wahrnehmung etwaiger Meldepflichten im Zusammenhang mit den Depotwerten gegenüber Emittenten, Gesellschaften, Behörden, Börsen und/oder anderen Dritten ist der Kunde verantwortlich, selbst wenn die Depotwerte bei der Depotstelle nicht auf den Kunden eingetragen sind. Die Bank ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Kunden auf Meldepflichten hinzuweisen oder diese für den Kunden vorzunehmen.

Soweit die Bank ein Verlustschwellenreporting betreibt, ist hierfür als Ausgangsgrösse der Wert zum Stichtag des im jeweiligen letzten ordentlichen Vermögensausweis ausgewiesenen Gesamtbetrags des Anlagevermögens massgebend.

Gutschriften im Rahmen der Verwaltung erfolgen grundsätzlich netto. Insbesondere von Emittenten, Depot- oder Zahlstellen geltend gemachte oder belastete Quellen-, Stempel- oder andere Steuern gehen zu Lasten des Kunden. Die Bank behält sich vor, etwaige Nachbelastungen solcher Steuern auf den Kunden zu überwälzen. Die Bank ist nicht verpflichtet, abzuklären oder dafür zu sorgen, dass Quellensteuern reduziert oder zurückgefordert werden können. Die Beurteilung von Steuerfolgen im Zusammenhang mit Depotwerten ist ausschliesslich Sache des Kunden.

Art. 12 Treuhänderische Übernahme von Depotwerten

Ist die Verschaffung des Eigentums an Depotwerten an den Kunden unüblich oder nicht möglich, kann die Bank diese in eigenem oder im Namen eines Dritten, immer jedoch auf Rechnung und Gefahr des Kunden, erwerben oder erwerben lassen und die daraus entstehenden Rechte ausüben oder ausüben lassen.

Art. 13 Gutschriften und Belastungen

Gutschriften und Belastungen (Kapital, Erträge, Gebühren, Spesen usw.) erfolgen, vorbehaltlich anderer Weisungen des Kunden, auf das Konto gemäss vereinbarten Buchungsvorschriften. Nötigenfalls erfolgt eine Konvertierung in die Währung, auf die das entsprechende Konto geführt wird.

Änderungen von Kontoinstruktionen müssen spätestens am fünften Bankarbeitstag vor Fälligkeit bei der Bank eingetroffen sein.

Art. 14 Verzeichnisse

Die Bank übermittelt dem Kunden, in der Regel auf Jahresende, eine Aufstellung über den Bestand der Depotwerte.

Die Aufstellung kann weitere, nicht unter dieses Reglement fallende Werte enthalten. Bucheffekten werden nicht speziell als solche gekennzeichnet.

Bewertungen des Depotinhaltes beruhen auf Kurswerten aus banküblichen Informationsquellen. Die Bank übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit dieser Angaben und somit der Bewertung sowie für weitere Informationen im Zusammenhang mit den eingebuchten Werten.

**Art. 15 Storno, Rückabwicklung und
Nichtausführung von Aufträgen
betreffend Depotwerte**

Die Bank behält sich vor, Aufträge betreffend Depotwerte zu stornieren oder rückabzuwickeln, wenn a) keine genügende Deckung vorhanden ist, b) die Bank Zweifel an der Verfügungsberechtigung des Auftraggebers hat oder c) insbesondere entgegen stehende gesetzliche, regulatorische oder bankinterne Vorschriften, behördliche Verfügungen, von der Bank zu beachtende nationale oder internationale Sanktionsmassnahmen oder Vereinbarungen (z. B. Verpfändung) bestehen. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Bank Aufträge nicht ausführen.